

Freies Wort

Mit uns gibt es keine Satzung zum Straßenbeitrag

Erschienen im Ressort Hildburghausen Lokal am 09.01.2010 00:00

Mit uns gibt es keine Satzung zum Straßenbeitrag

Schleusingen - "Wir werden keine Straßenausbaubeitragssatzung beschließen!" Das ist die klare Aussage der CDU Schleusingen, die sich auf ihrer Mitgliederversammlung am Donnerstag dazu positioniert hat.

Der CDU-Fraktionschef im Stadtrat, Andreas Mastaler, erklärt dazu in einer Pressemitteilung des Ortsverbandes: In der neu aufgeflammt Diskussion zur Einführung einer Straßenausbaubeitragssatzung hätten die Äußerungen der Bürgermeister Klaus Brodführer und Willi Büttner über ihren Besuch beim Innenminister Peter Huber für Unruhe gesorgt. Der Ortsverband habe dazu eine klare Position, welche er schon fast 20 Jahre vertritt. Auch die aktuelle Situation ändere nichts an der Tatsache, dass es mit dem CDU Ortsverband und seiner Fraktion im Stadtrat definitiv keinen Beschluss zur Einführung einer Straßenausbaubeitragssatzung geben werde, heißt es in der Pressemitteilung weiter.

Der Innenminister irre, wenn er meint, er könne im Befehlston die Sache anweisen und durchsetzen, denn so einfach sei eben die Rechtslage nicht. Es stelle sich hier die Frage, warum in anderen Bundesländern (zum Beispiel Sachsen), bei fast gleich lautenden Kommunalabgabengesetzen, die Wahlfreiheit durch ein Oberverwaltungsgericht in Sachsen bestätigt wird und in Thüringen nicht. "Der Ortsverband fragt sich, ob die kommunale Selbstverwaltung in der Bundesrepublik so unterschiedlich interpretiert und ausgelegt werden kann", heißt es weiter.

"Innenminister irrt!"

"In verschiedenen Bundesländern gibt es Kommunen, die ihre Straßenausbaubeitragssatzungen wieder abgeschafft haben, während man in Thüringen wahrscheinlich das Gegenteil beabsichtigt, ein Gesetz aus uralter Zeit, einmalig nur in Deutschland, überholt und einer modernen Demokratie nicht entsprechend."

Der Ortsverband frage sich, warum es in Thüringen nicht möglich war, in fast 20 Jahren durch eine minimale Gesetzesänderung eindeutige Rechtssicherheit und Wahlfreiheit für oder gegen eine Straßenausbaubeitragssatzung zu schaffen. "In dieser Richtung hat die Landes-CDU mit ihrer damaligen Mehrheit leider komplett versagt", so der Sprecher der Schleusinger Christdemokraten. "Wenn Innenminister Huber meint, es ist das Schlimmste in seiner Amtszeit, die Einführung von Straßenausbaubeitragssatzungen durchsetzen zu müssen, so irrt er sich erneut, denn schlimm wäre das nicht für ihn, sondern für die Bürger, die gegen den Willen, der von ihnen gewählten Volksvertreter richtig zahlen müssten."

Nicht nur schlimm - fürchterlich

Da seien auch Beschönigungsversuche, 'so schlimm wird es schon nicht' völlig fehl am Platz, denn es wäre fürchterlich! meint die CDU Schleusingen.

"Der Ortsverband und die Fraktion werden sich mit allen Mitteln gegen eine zwangsweise Einführung einer Straßenausbaubeitragssatzung zur Wehr setzen, und man sollte sich im Innenministerium in diesem Fall auf massive Gegenwehr und Widerstand gefasst machen", kündigen die Christdemokraten in Schleusingen an.

Ministerpräsidentin Lieberknecht wäre gut beraten, empfiehlt der Ortsverband, "hier endlich mal für Ordnung und Klarheit zu sorgen und die kommunale Selbstverwaltung nicht den Urteilen von Verwaltungsrichtern zu überlassen." *red*

Alle Rechte vorbehalten.
